

**Bürgerinitiative**  
**Keine Erdgasverdichteranlage in Groß Köris**  
**und im Naturpark Dahme-Heideseen**

Wolfgang Georgsdorf      Reinhard Geister

Zemminer Seestr. 6      Fon 033766 . 63864  
15746 Groß Köris      Fax 033766 . 63862

**Wofür ist die Politik verantwortlich?**  
**Und was können Politiker tun?**

[post@opalsonicht.de](mailto:post@opalsonicht.de) <http://opalsonicht.de>

- Benennen Sie ein Gremium, das länderübergreifend die Verantwortung für eine menschen- und umweltschonende - also: volkswirtschaftlich sinnvolle - Ausgestaltung des OPAL Vorhabens übernimmt.

Die Landesplanungen haben zur Aufgabe, die Raumverträglichkeit in ihrem jeweiligen Planungsbereich zu prüfen, nicht aber die Gesamtauswirkungen des Vorhabens. Erst recht nicht die Sinnhaftigkeit.

Sollten dafür keine Kapazitäten bestehen: Unterstützen Sie das von den Gemeinden und uns angestrebte Vermittlungsverfahren mit sachkundigen Moderatoren.

- Stärken Sie die rechtliche und materielle Position der Landesplanungen.

Die Gemeinsame Landesplanung ist weder für eine ausreichende Kontrolle der Datenangaben des Vorhabenträgers ausgestattet noch hat sie Sanktionsmöglichkeiten, die den Vorhabenträger davon abhalten könnten, tendenziöse oder gar falsche Angaben in seinen Antragsunterlagen zu machen. Der Investor kennt sich in seinem wirtschaftlichen Betätigungsfeld bestens aus und verfügt über große Projekterfahrung. Zur Beurteilung technischer und wirtschaftlicher Angaben des Vorhabenträgers muss der Landesplanung ein Budget für die Einbeziehung externer Fachexperten zur Verfügung gestellt werden

- Sorgen Sie dafür, dass alle relevanten Informationen zur Beurteilung des Vorhabens beschafft werden. Und zwar sowohl für die Landesplanungen als auch für die politischen Entscheidungsträger.

Die für eine Abwägung notwendigen Informationen sind unvollständig. Es sind lediglich Zahlen zu den Kosten von WINGAS bekannt. Zur Bewertung der sozialen Kosten, beispielsweise die schwere Beeinträchtigung der Tourismus- und Ansiedlungspotenziale, gibt es keine Angaben. Ebenso wenig ist über die privaten und sozialen Erträge des Vorhabens bekannt. Jedoch nur bei einer Bewertung all dieser Posten kann eine sachgerechte Entscheidung gefällt werden

- Legen Sie die Kriterien offen, nach denen eine landesplanerische Empfehlung ausgesprochen werden soll.

Die Bürger haben ein Recht darauf, die Entscheidungen transparent nachvollziehen zu können.

- Sagen Sie den betroffenen Bürgern ganz konkret, welche Vorteile sie zu erwarten haben, wenn sie die schwerwiegende Beeinträchtigung ihrer Region hinnehmen würden.

Nur eine genaue Betrachtung der „Kosten“ und „Erträge“ erlauben eine rationale Diskussion.

- Und für die Zukunft: Geben Sie die Planungskompetenz für Transportnetze an den Staat zurück.